

Die Krisis im Zentrum.

Von Wilhelm Duclie (D. B.-P.), M. d. N.

Durch den Krieg und besonders auch durch die Infolge der Bestimmungen des Waffenstillstandes überlieferte Demobilis-
machung sind manche Seuchen nach Deutschland eingeschleppt
worden. So ist mir bekannt geworden, daß allein in einem
bekannten Pferdezüchter in Schlesien dreihundzwanzig wert-
volle Zuchtstiere an der infektiösen Anämie (Mutarum-
eingegangen sind. Dazu kam, daß der alte Würgeengel
inners Viehbestandes, die Maul- und Klauenseuche, wieder-
um in erschreckendem Maße auftrat, so daß, wie die Sta-
tistik nachgerechnet hat, Klauentiere im Werte von 120 Mil-
lionen Mark innerhalb einer kurzen Zeit dieser Seuche zum
Opfer gefallen sind. Diese Thatfachen veranlaßten mich, vor
einigen Wochen, eine Anfrage an die Regierung zu richten,
ob sie bereit sei, baldigst eine Novelle zum Reichs-Viehseuchen-
gesetz dem Reichstag vorzulegen, wodurch eine Entschädi-
gungspflicht des Reiches, auch mit rückwirkender Kraft für
die an den eingeschleppten Seuchen verendeten Tiere und
nämlich auch mit Entschädigungspflicht bei Maul- und
Klauenseuche, gewährleistet wird. Der Regierungsvertreter
gab mir vor einigen Tagen im Reichstag hierauf die etwas
eigenthümliche Antwort, daß zunächst seitens der Regierung
ein Merkblatt herausgegeben worden sei, wodurch bei ge-
wöhnlicher Sorgfalt die Ausbreitung und Weiterverbreitung ein-
geschleppter Seuchen, besonders auch der Mutarum der
Pferde, verhütet werden könne. Als ich darauf antwortete,
daß auch durch die besten Merkblätter verendete Tiere nicht
wieder zum Leben kämen und auch nicht entschädigt würden,
und die Grünau-Anfrage stellte, ob das Versprechen des
Reichsernährungsministers Vermaas auf Abänderung des
Reichs-Viehseuchengesetzes baldigst in die Tat umgesetzt wor-
den sollte, daß dieser in einer der letzten Sitzungen des Aus-
schusses für Volkswirtschaft geantwortet hat, wußte der Regie-
rungsvertreter keine Antwort zu geben.

Und doch zweifle ich nicht daran, daß das Reichs-Vieh-
wesen bald bei erweitert werden muß und daß der
Lebensnahrungsmittelfürder Service mithin recht hatte, wenn
er eine baldige Novelle zum Reichs-Viehwehengesetz, auf
unser Drängen hin, in Aussicht gestellt hatte.

Schon früher hatte man eingesehen, daß ein Vießfeudenschand nur möglich ist, wenn daneben wirksame Maßnahmen gegen Einschleppung der Seuchen vom Auslande gegeben sind. Man schuf bereits 1867 in Preußen eine strenge Grenzsperrung und daneben unerbittliche Bestimmungen im Innern gegen die Verbreitungen der bösen Kinderpest. Hinzu kamen im Jahre 1881 weitere Maßregeln gegen Milzbrand, Tollwut, Ross, Raus- und Klauenseuche und Lungenseuche. Nachdem alljährlich im Jahre 1893 die Maul- und Klauenseuche innerhalb Deutschlands verheerend aufgetreten war und bei dem damaligen gegen jetzt verschwindend niedrigen Preise für das Klauenvieh einen Schaden von 150 Millionen Mark verursacht hatte, wurde das Gesetz vom 1. Mai 1894, betreffend die Abwehr und Unterdrückung von Vießseuchen erlassen, mit dem Erfolge, daß im Jahre 1904 bei starkem Auftreten der Maul- und Klauenseuche infolge der produktiven Bestimmungen des erwähnten Gesetzes es gelang, diese Seuche auf 1800 Gehefte zu beschränken. Gering war der Erfolg bei Milzbrand, beim Rotlauf der Schweine und bei der Schweineseuche. Daneben verstand seit dieser Zeit fast ganz die früher so gefürchtete Lungenseuche der Pferde. Nachdem im Jahre 1907 die früheren Gesetze nochmals einer Milderung unterworfen waren, wurde am 21. Juni 1900 das Fleisch-Vießseuchengesetz erlassen, dem sich das preussische Ausführungs-gesetz vom 23. Juni 1911 anschloß.

Den älteren Volkstheilen wird es noch bekannt sein, wie man im Parlament und in den Versammlungen sich mit den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes bestritten und deren Durchführbarkeit bewiesen hat. Am allgemeinen kann man jedoch sagen, daß im Laufe der Jahre die Verfassungsbestimmungen sich als zweckmäßig erwiesen haben, wenn auch ein Teil der bestehenden Bestimmungen besser und dem gegenwärtigen Stande der Verhältnisse mehr entsprechender sein dürfte. Auch der Reichsfeind hat sich mit den kaiserlichen Bestimmungen dieser Gesetze abgefunden, soweit sie von den untergeordneten Instanzen nur einigermaßen vernünftig erachtet sind.

Anders ist es jedoch mit der Entschädigungspflicht. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nach dem Reichs-Vieh-Inspektengesetz auf Tiere, die auf polizeiliche Anordnung getödtet oder nach dieser Anordnung an derjenigen Krankheit gefallen sind, die zu der Anordnung Veranlassung gegeben hat. Ferner auf Tiere, die nach rechtzeitig erstatteter Anzeige an Noth oder Lungenentzündung gefallen sind, wenn die Voraussetzungen gegeben war, unter denen die polizeiliche Anordnung der Tödtung erfolgen muß. Des weiteren auf Tiere, von denen anzunehmen ist, daß sie infolge einer polizeilich angeordneten Impfung eingezaugt sind und endlich auf Kühe und Pferde, die an Milzbrand oder Ranthbrand gefallen sind oder an denen nach dem Tode eine dieser Krankheiten festgestellt wurde. Eine bedingungslose Entschädigungspflicht besteht mithin nur bei Milzbrand oder Ranthbrand, ferner besteht die eigentlich selbstverständliche Entschädigungspflicht für Tiere, die infolge einer Zwangsimpfung eingezaugt sind. Bei Noth oder Lungenentzündung ist Nothabwehrung für die Entschädigung die rechtlich erstattete Anzeige. Das Gesetz enthält endlich die Tödtungsbeschlüsse auch für Maul- und Klauenseuche, Entschädigung aber nur, wenn die Tiere auf polizeiliche Anordnung getödtet und nicht von selbst an dieser Seuche gefallen sind. Zweck des Gesetzes wird es sein, hier Wandel zu schaffen, indem die Entschädigungspflicht ausgedehnt wird vor allen Dingen zunächst auf die Maul- und Klauenseuche und auf die Seuchen, die während des Krieges und nach dem Kriege eingebracht sind.

London, 26. Nov. (Havas.)

Der französische Ministerpräsident Legergues ist gestern Abend in London eingeetroffen und bei der Ankunft von Lord George und dem französischen Botschafter Cambon und von Lord Derby sowie einem Vertreter Lord Curzon empfangen worden. Darauf begab sich Legergues in sein Hotel.

MR. London, 26. Nov.

Wie aus Rom gemeldet wird, ist Giolitti noch nicht in der Lage, der Einladung Lord Georges zur Teilnahme an den Besprechungen mit Venetucci in London zu entsprechen. Statt seiner begibt sich Graf Giorgia nach London.

Wie aus London amesthet wird, wird sich die Konferenz nicht nur mit der armenischen Frage, sondern auch mit der Frage des Handels mit Rußland, der von Deutschland aus wachsenden Enschädigungen und dem türkischen Friedensvertrag beschäftigen. Die Anwesenheit eines italienischen Vertreters ist notwendig, weil bei den Besprechungen über den Theil des Mitteländischen Meeres und über Kleinasien auch Italiens Interesse zur Sprache kommt.

Die irische Revolution.

roz. Amsterdam, 25. Nov.

In Dublin wurden in der vergangenen Woche 126 Personen verhaftet. Wegen des Herausgeber und den Chefredakteur von „Freemans Journal“, das in Dublin erscheint, wurde ein kriegsgerichtliches Verfahren wegen Verbreitung unwahrer Berichte über Vergeltungsmaßnahmen der Polizei eingeleitet.

Greenwood las im Unterhaus ein beschlagnahmtes Dokument der Sinnfeir vor, aus dem hervorzugehen schien, daß diese beschlagnahmten, die Liverpooler Docks und die Elektrizitätszentrale in Manchester zu zerstören. Wie das Blatt ergänzend mittheilt, anerkennend Greenwood in seiner Rede über Irland an die fortschreitende Geistesfreiheit, gegen diese Mörder mit soviel Nachdruck vorzugehen, wie seinerzeit gegen die Auswanderer in Irland. — Deulin, der nach Greenwood sprach, erklärte, an der heutigen Lage in Irland seien nicht die Polikisten und die Truppen schuld, sondern allein die Regierung. — Ein anderer Abgeordneter brachte einen Antrag ein, in welchem das Haus der Polikisten und den Truppen in Irland für die unter beispiellos schmerzlichen Umständen geleisteten Dienste dankt und der Politik der Regierung das Vertrauen ausspricht. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Greenwood erklärte ferner noch, es seien Komplotte entdeckt worden, die die Ermordung von Ministern in England hewachten. Die Mörder in Irland würden für ihre Verbrechen bezahlt. Er werde jeden Tag gedrängt, das Parlament um die Annahme eines Gesetzes zu ersuchen, wonach Polizei und Militär bereit sein sollen, jedermann, der mit Waffen in der Hand angetroffen wird, zu erschießen oder zu verhaften. Er wolle dieses Gesetz aber solange wie möglich vermeiden.

Am Oberhaus hielt Lord Gren eine Rede über die irische Frage. Er drang auf die Annahme seiner Vorschläge über die Gewährung der Dominion-Verträge für Irland.

Die bolschewistischen Erfolge.

Paris, 26. Nov. (Savosb.)

Ein Radiotelegramm aus Moskau vom 24. November besagt: Am Rorden von Wexar haben sich die Ueberreste der Truppen des Generals Salchowitsch, verfolgt von unseren Abteilungen, über den Fluß Iwa nach Westen zurückgezogen. Nach neueren Nachrichten haben wir im Verlauf der Operationen gegen Welsura 12 000 Gefangene gemacht und 3 Panzerzüge, 35 Kanonen, mehr als 200 Maschinengewehre sowie große militärische Beute gemacht.

Arbeitsmobilmachung der russischen Frauen.

uz. Stockholm, 26. Nov.

Wie aus Helsingfors gemeldet wird, hat die Sowjetregierung durch eine eigene hierzu geschaffene Organisation die Mobilmachung aller Frauen Rußlands zur Anfertigung von Leibwäsche für Soldaten angeordnet.

Die griechische Angelegenheit.

ms. A t h e n. 25. Nov.

Abkass kündigte an, daß das griechische Parlament am 8. Dezember zusammenzutreten wird. Die Session wird mit einer Ansprache der Königin-Mutter Olga eröffnet. Abkass erklärte, daß im Falle einer Zusammenkunft der alliierten Ministerpräsidenten er oder ein anderer griechischer Minister sich nach Athenova begeben wird, um die Ministerpräsidenten über die ganze Bedeutung der politischen Ereignisse in Griechenland aufzuklären.

Nach einer Voranmeldung aus Athen ist ein höherer Offizier von der Front dort eingetroffen, um dem Kriegsminister mitzutheilen, daß alle Offiziere bereit seien, unter der neuen Regierung zu dienen. Die Garnison von Smirna habe ebenfalls einen Zug veranlaßt, dem Delawige voranzutreiben worden seien. Es herrsche überall an der Front Ordnung. Die Operationen würden fortgesetzt.

1920. 91 + 6 c. n. 20. 92 pp.

Nach neu getroffenen Vereinbarungen ist die Abstimmung in Griechenland auf den 5. December festgesetzt worden. Die Einberufung der Kammer wurde auf den 9. December verschoben.

Innerhalb des Zentrums bereitet sich eine wichtige Bewegung vor, die letzten Endes auf eine Auflösung der Partei in ihrer jetzigen Gestalt hinausläuft. Innerhalb der Partei gibt es einen rechten und einen linken Flügel. Den rechten Flügel bilden in der Hauptsache die agrarisch-konservativen Elemente, den linken Flügel die an München-Gladbach orientierten christlichen Gewerkschaften. Der rechte Flügel ist stark monarchistisch, der linke demokratisch. Die Klammer, die beide bisher zusammengehalten hat, war die Kirche; aber die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegenläufe haben sich seit der Revolution so verschärft, daß die Klammer nicht mehr halten will. Nach Mitteilungen aus Düsseldorf ist es auf der jüngst in Berlin abgehaltenen Sitzung des Reichsausschusses der Partei zu einer lebhaften Auseinandersetzung der beiden Richtungen gekommen, und die Minister Dr. Brauns und Siegerwald, die Führer des linken Flügels, haben die Bildung einer neuen Partei auf der Grundlage der Politik der christlichen Gewerkschaften und des Zusammenschlusses der beiden christlichen Konfessionen in der Sitzung des Augustinusbereichs aufgeworfen. In Düsseldorf wurden die Erörterungen weitergesponnen. Siegerwald hat nun bekanntlich am Sonntag auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen offiziell die Zusammenfassung aller Gleichgesinnten in den beiden Konfessionen zu einer christlich-nationalen Volkspartei angekündigt, für die eine neue große Tageszeitung gegründet werden soll. Der Gedanke Siegerwalds ist nicht neu; er geht bis auf Stöcker zurück. Es liegt nahe, zu vermuten, daß Siegerwald an eine Reformierung des Zentrums in erster Linie denkt und darüber hinaus Angestellte und Arbeiter, die heute in anderen Parteien sich befinden, für seine Idee zu gewinnen suchen wird. Ein dringendes Bedürfnis für eine solche Partei besteht nicht; sie dürfte kaum mehr als eine Massenpartei werden, gegen die die anderen Stände auf den Plan gerufen werden und die nicht nur mit allen sozialistischen, sondern auch allen bürgerlichen Parteien in Konflikt geraten muß. Nachdem heute Arbeiter und Angestellte in allen Parteien eine größere Anzahl Vertreter besitzen und der soziale Zug der Zeit es auch mit sich bringt, daß ihr Einfluß in allen Parteien sehr erheblich ist, besteht keine zwingende Notwendigkeit nach einer neuen Partei, die nur weitere Zersplitterung in unser Parteiwesen tragen würde. Die Interessen gerade der Stände, als deren Vertretung die neue Partei vornehmlich gedacht ist, sind auch viel besser aufgehoben, wenn sie in allen bürgerlichen Parteien Abgeordnete besitzen, als wenn dies lediglich Aufgabe einer Ständepartei würde. Die nicht nur die heftigste Feindschaft der Sozialisten, sondern auch aller anderen Parteien sich zuziehen müßte. Anscheinend sind sogar weitere Zentrumskreise von der Siegerwaldschen Plänen nicht erant. Große Zugkraft dürfte die Siegerwaldsche Partei kaum erwerben. Wenn man schon mit Siegerwaldschen Plänen kokettiert, soll man gleich konsequent sein und den Parlamentarismus als solchen verworfen und sich zu Ständekammern bekennen!

Aus dem besetzten Gebiet.

dz. Sobiena, 25. Nov.

Die internationalisierte Rheinkommission hat eine Verordnung (Nr. 56) über die Bekämpfung des Weineids, die Verleitung zum Weineid und die Verweigerung der gesetzlichen Aussagepflicht in Verfahren vor den alliierten Gerichten erlassen. Diese Verordnung trat am 25. November in Kraft.

Bern, 26. Nov. Die Schweizerische Depeschengentur
erfährt, daß neben Professor Rippold und Professor Folletier
Bern als dritter internationaler Richter im Saargebiet
Rechtsanwalt Allenbach-Interlaken ernannt worden ist.

Aufnahme deutscher Kinder in Italien.

Um deutsche Kinder in Italien unterzubringen, listete der Papst 200 000 Lire.

Aus dem Reiche.

Der Metallarbeiterstreik in Niederschlesien.

Wörlitz, 25. Nov. An Niederschlesien streifen über 40 000 Metallarbeiter. Auch bei den Arbeitnehmern, welche nicht dem Verbands der Metallindustriellen Niederschlesiens angeschlossen sind, erfolgt nach Ablauf der Kündigungsfrist die Arbeitsniederlegung, weil die Arbeitgeber sich ablehnend verhalten.

Die amerikanischen Creditgeräthe.

Zu den kühnlich auftauchenden Gerüchten über die Gewährung amerikanischer Kredite an Deutschland kann die "Deutsche Allgemeine Zeitung" mittheilen, das weder einer Regierunqsstelle noch bei den Bankinstituten von einer solchen Absicht der amerikanischen Finanzs etwas bekannt ist. Es handle sich zum Theil um alte Angaben, die schon vor etwa einem Jahr in Umlauf gesetzt worden sind und die sich niemals bestätigt hätten, zum Theil um Spekulationsmanöver solcher Kreise, die an den Schwankungen des Marktkurses ein Interesse haben.

Diebtsucht und Rosa Luxemburg.

Berlin, 25. Nov. In der gestrigen Verhandlung im Schiedemannsausschuss erklärte der Herrg. Karl Mürgen, früher Oberleutnant und jetzt Defektiv, auf die Frage des Staatsanwalts, ob ihm ein Befehl bekannt gewesen sei dahingehend, Plebiscit und Aofa Preussens und andere gegen eine Besetzung unschädlich zu machen, dass ein derartiger Befehl bestanden habe. Auf eine weitere Frage, ob das

